

Anfrage

öffentlich

Datum

05.07.2006

Nummer

F0154/06

Absender

Stadträtin Beate Wübbenhorst**SPD-Stadtratsfraktion**

Adressat

Oberbürgermeister

Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

06.07.2006

Kurztitel

Auswirkungen der qualifizierten Haushaltssperre des Bundes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 09.02.2006 einen Beschluss zur beruflichen und sozialen Integration benachteiligter Jugendlicher für den Zeitraum von 2006 bis 2008 gefasst. Nach Informationen des „Magdeburger Jugendnetzes“ ist die bisher erfolgreiche Arbeit bei der Eingliederung Jugendlicher in das Arbeitsleben dadurch gefährdet, dass die mit dem Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH geschlossene Rahmenvereinbarung über den 30.06.2006 nicht umgesetzt werden kann. Es würden die finanziellen Mittelzuweisungen fehlen. Nun berichtete die Volksstimme in ihrer Ausgabe vom 04.07.2006, dass die Bundesregierung beabsichtigt, Fördergelder für Langzeitarbeitslose ab dem 01.08.2006 umzuschichten. Dabei sollen wegen der gestiegenen Kosten für das ALG II Mittel der Eingliederungshilfe gekürzt werden.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass die fehlenden Mittelzuweisungen des Bundes an die Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH dazu führen, dass Projekte wie das „Magdeburger Jugendnetz“ gefährdet sind? Wie stellt sich die Situation dar?
2. Welche Maßnahmen kann die Stadt ergreifen und hat die Stadt bisher ergriffen, um ein Überleben von Projekten zu sichern?

Ich bitte um Beantwortung der Frage nach § 8 der Geschäftsordnung.



Beate Wübbenhorst

Stellv. Fraktionsvorsitzende